

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs-
stelle 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen,
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsephlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 7

Dienstag, 11. Januar

1921

Falsche Gerüchte über die Besetzung höherer Staatsämter.

(N.) Es werden Gerüchte verbreitet, nach denen die Absicht bestünde, über besetzte Ämter den Kaufmann Haspacher in Weidenhain zum Ministerialdirektor zu ernennen. Auch in Bezug auf einen Landtagsabgeordneten wird das gleiche behauptet. In diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Bei den in diesem Zusammenhang genannten Ministern besteht oder bestand keinerlei Absicht, auch die angeführten Äußerungen des Hrn. Haspacher, auf Grund deren das Gerücht entstanden sein soll, werden von diesem entschieden bestritten.

Dr. Mayer bleibt.

Berlin, 9. Januar. Die Nachricht von der Amtsmöglichkeit des deutschen Botschafters Dr. Mayer in Paris trifft, wie wir hören, nicht zu. Allerdings hätte der deutsche Botschafter bei Übernahme seines Amtes erklärt, daß er dieses nur für die Dauer eines Jahres übernehmen wolle. Auf Ersuchen der Reichsregierung hat sich jedoch Dr. Mayer entschlossen, auf seinem Posten weiter zu verbleiben.

Ausschub der Entwaflnung.

Paris, 9. Januar. „Excelsior“ will am Quai d'Orsay erfahren haben, daß die englische und die französische Regierung über die Art und Weise sich verständigt haben, wie die Entwaflnung Deutschlands durchgeführt werden soll. Sowohl in England wie in Frankreich sei man fest entschlossen, alle möglichen Mittel anzuwenden, um die Entwaflnung Deutschlands durchzuführen. Beide Ministerpräsidenten würden sich noch über die gegebenenfalls zu treffenden Sicherungen verständigen. Immerhin sei nicht ausgeschlossen, daß man in Anbetracht möglicher Unruhen in Deutschland einen neuen Ausschub für die Entwaflnung der Truppen zugehen würde, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung unerlässlich sein würden.

Forderungen der Bergarbeiter.

DA. Bochum, 9. Januar.

Die Organisationen der Bergarbeiter richteten an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe, in der sie die Mitverwaltung des Fonds für die Sonderzulagen an die Bergarbeiter fordern und begründen sie mit der Erregung, die in der Bergarbeiterchaft durch die Mitteilung hervorgerufen worden sei, daß die Preise für Wurst und Fett erhöht werden und die Fleischwurstaufgabe in Wegfall kommen soll. Die Erregung sei noch dadurch gesteigert worden, daß die Organisationen nicht in der Lage waren, über Einzelheiten Auskunft zu geben. Aus diesem Grunde sei es dringend notwendig, daß das Reichsarbeitsministerium alsbald die nötigen Maßnahmen zur Mitbeteiligung der Bergarbeiter an der Verwaltung des Fonds in die Wege leitet. — In einer weiteren Eingabe an das Reichsarbeitsministerium und den Reichskohlenrat haben die Bergarbeiterorganisationen gebeten, eine Aufschubfrage für Kali zu erheben und den Erlös zu sozialpolitischen Zwecken, besonders zur Verringerung der Notlage der Knappschaftskentner zu verwenden.

Waffenschiedungen.

Halle, 10. Januar. Die Erfurter Kriminalpolizei hat auf Veranlassung des Reichsstaatsministeriums die Kaufleute Reil aus Erfurt, Wolf aus Elmthal, Gasser und Rehr aus Schmalkalden, sowie die Waffenschiedungen Köhler aus Schmalkalden, Seimich aus Jella und König aus Erfurt wegen umfangreicher Waffenschiedungen verhaftet. Gleichzeitig wurde ein geheimes Lager von Gewehrteilen und Munition beschlagnahmt.

Die Versorgung der Stadt Danzig mit Lebensmitteln

Danzig, 10. Januar. Eine Abordnung der freien Stadt Danzig hat gestern ihre Verhandlungen mit den polnischen Regierungsdirektoren über die Versorgung der Stadt Danzig mit Lebensmitteln beendet. Über alle wesentlichen Punkte wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt.

Die Frage der Sozialisierung des Bergbaues.

Leitsätze des deutschen Gewerkschaftsbundes.

Duisburg, 10. Januar. Gestern fand hier eine von mehreren hundert Vertrauensleuten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die sich mit der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschäftigte. Berichterstatter war Reichstagsabgeordneter Imbusch, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter. Er sprach sich gegen eine Verstaatlichung des Bergbaues, wie sie mit dem Worte Volksozialisierung gemeint sei, aus. Die ganze Wirtschaft müsse vielmehr in möglichst vollkommener Weise der Volkswirtschaft dienbar gemacht werden. Folgende Leitsätze wurden als im gegenwärtigen Zeitpunkt erreichbar aufgestellt: Die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen werden in den Besitz der Volksgemeinschaft übergeführt. Die Ausbeutung wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen, von denen eine dem Werte der Lagerstätte angepasste Abgabe erhoben wird. Die im Bergbau beschäftigten Personen sind an der Produktion zu interessieren und berechtigt. Hohe Gewinne im Bergbau müssen der Volksgemeinschaft dienbar gemacht werden. Befriedigende Stellung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Das Betriebsratsgesetz muß sinngemäß durchgeführt und möglichst verbessert werden. Hinzu kommt noch eine Änderung des Aktienrechts, insbesondere die Einführung von kleinen Aktien. In einer

einmütigen angenommenen Entschließung wurde vorkommende Leitsätze Imbuschs angenommen.

Verbandsvorsitzender Wieser-Duisburg verurteilte in scharfen Worten den wilden Streik auf der Thyssenhütte in Hamborn, der zur Schließung dieser Hütte geführt hat und wandte sich gegen die Bestrebungen, den Streik auf weitere Betriebe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auszuweiten. Damit würden nur Not und Elend in Tausende von Arbeiterfamilien hineingetragen und den linksradikalen Parteien Vorwand geleistet werden.

Rheinschiffe an Frankreich.

Paris, 10. Januar. Gemäß dem Versailler Vertrag wurde Walter D. Hines zum Schiedsrichter zwischen Deutschland und Frankreich bei der Aufteilung der deutschen Schiffe auf dem Rhein bestimmt. Sein Schiedsspruch erfolgte gestern. Danach werden Frankreich 253 000 Tonnen Boote und rund 24 000 Tonnen Schlepper zuerkannt, d. i. 13 1/2 Proz. der gesamten deutschen Rheinschiffahrt. Hines erklärt durch die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter, daß er sich bei seiner Entscheidung davon leiten ließ, in welchem Maße die Zuführung von Kohle, Kali und anderen Produkten von Elbe-Lothringen und anderen Seiten zu den Rheinhöfen erfolgen könnte. Die Zuteilung der Rheinschiffe an Frankreich beruhe die Entschädigungsfrage des Versailler Vertrages nicht und habe auch nichts mit der Zuteilung deutscher Schiffe an die Alliierten zu tun, die unter dem Titel „zerstörte Schiffe“ von Deutschland zu ersetzen wären. Hines fordert ferner, daß Deutschland an Frankreich die Aktien der Freudal Co., einer der wichtigsten deutschen Rheinschiffahrt-Kompagnien, zu übergeben habe, eine kleinere Anlage von Hafeneinrichtungen in Rotterdam der badischen Kompagnie wurde gleichfalls Frankreich zuerkannt.

Die Wiederaufnahme der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 9. Januar. Nach neueren Entscheidungen ist die für den 15. d. M. geplante Wiederaufnahme der Brüsseler Sachverständigenkonferenz bis nach der am 19. d. M. stattfindenden Zusammenkunft der Minister der Verbändsmächte vertagt worden.

Spannung zwischen Kronstadt und Moskau.

Kopenhagen, 10. Januar. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Die Räteregierung hat eine in Moskau eingetroffene Abordnung von Wotzen aus Kronstadt verhaftet. Die mit der Regierung über die Regelung der Provinzialregierung für die Garnisonen in Kronstadt und die Flotte verhandeln wollte. Zwischen den Bolschewisten in Kronstadt und der Räteregierung in Moskau scheint ein sehr gespanntes Verhältnis zu bestehen.

Gegen das Abstimmungs- reglement.

Wörlitz, 9. Januar. Eine von etwa 2000 Personen besuchte demokratische Wählerversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die Einspruch gegen das bekannte Abstimmungsreglement der Verbändsmächte für Oberschlesien erhebt.

Die französischen Senatswahlen.

Paris, 9. Januar. Über das Ergebnis der Senatswahlen wird folgende amtliche Statistik ausgegeben: Es wurden gewählt: 3 Konservative, 13 Republikaner, 43 Sozialistisch-Radikale und 11 sozialistische Republikaner. Das Ergebnis von zwei Wahlen steht noch aus. Die Konservativen haben 5 Sitze verloren, die Republikaner haben 2 Sitze gewonnen, die Sozialistischen Radikalen verlieren 4 Sitze und die Sozialrepublikaner gewinnen 7 Sitze. Der zur Wahl stehende Vorkandidat Richard ist nicht gewählt worden. Unter den Gewählten befindet sich der Chefbedienter des „Matin“ Genty de Jouvenel.

Kommunistische Demonstrationen in Berlin.

Berlin, 9. Januar. Im Lustgarten fanden heute vormittag zwei Versammlungen statt. Um 10 Uhr stellten sich von den organisierten 60 000 Eisenbahnern etwa 3000 ein. Ein Kommunist forderte sie unter Beschimpfung der Regierung auf, sofort in den Streik zu treten. Die Rede wurde fast ohne Beifall aufgenommen. Eine Stunde später trafen etwa 15 000 Anhänger der beiden kommunistischen Parteien an, um gegen die Hienburger Vorgänge zu demonstrieren. U. a. sprach auch Adolf Hoffmann. Vor dem Museum kam es dann zwischen einem Redner der kommunistischen Arbeiterpartei und einem der kommunistischen Partei zu einem Faustkampf, der mit dem Siege des ersteren endete. Nach Abington der Internationalen löste sich die ganze Versammlung auf.

Die Unfähigkeit in Oberschlesien.

Oppeln, 9. Januar. Die internationalisierte Kommission bemerkt zu dem Empange der deutschen und der polnischen Gewerkschaftsvertreter vom 6. d. M., die Regierungskommission habe erklärt, daß Maßnahmen zur Bekämpfung des Banditenums bereits in Ausführung begriffen seien, und hat es als Pflicht eines jeden erklärt, an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken durch Unterföhung der Polizei und Gerichte.

Die Frage des Austritts des Bremer Senates.

Bremen, 10. Januar. Böhmans Bureau meldet: Bei dem Volksentscheid über die Frage „Soll der Senat zurücktreten?“ wurden insgesamt 74 830 Stimmen mit Ja und 100 554 Stimmen mit Nein abgegeben.

Die Hanauer Stadtverordnetenwahlen.

Hanau, 9. Januar. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben für die Handwerkerliste 1908, für die bürgerliche Gemeinschaft (Demokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum) 8867, für die Sozialdemokraten 4229 und für die Kommunisten 5888 Stimmen. Gewählt sind 4 Handwerker, 19 bürgerliche Gemeinschaft, 8 Sozialdemokraten und 11 Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien haben damit die Mehrheit erhalten.

Zur Wirtschaftslage.

N.-S. Wir sind in der Lage, über die Wirtschaftslage gegen Ende des Jahres 1920 folgendes mitzuteilen:

Der große Mangel an Kohle hat die Industrie gezwungen, sich nach Ersatzbrennstoffen umzusehen. So ist man in größerem Umfang zu Heizung mit Holzbraunkohle übergegangen. Selbst die größten Werke im Ruhrbezirk haben sich auf die Verwendung von erheblichen Mengen Holzbraunkohle eingestellt. Immerhin handelt es sich hierbei nur um ein mit großen finanziellen Kosten verknüpftes Behelfsmittel. Es wird sich noch herausstellen, ob die Industrie diese Kosten dauernd auf sich nehmen kann.

Wenn so die Mengenfrage recht und schlecht für die allernächste Zeit gelöst erscheint, so bleibt immer noch die Sortenfrage offen. Die Ausfälle an Fettkohle, Gas- und Gasflammenkohle, die durch die Verbändslieferungen entstehen, lassen sich nicht einholen. Die Heranziehung ausländischer Kohle in größerem Umfang ist schon aus Preisgründen nicht möglich. Manche Werke, die auf Qualitätskohle angewiesen sind, haben gleichwohl zu diesem Mittel gegriffen, jedoch können in Anbetracht der ganz enormen Kosten damit nur Waren für den Export hergestellt werden. Was die Kohlenpreise anbetrifft, so lagen Preis-erhöhungsanträge des rheinisch-westfälischen Kohlenverbänds vor, die mit der noch immer steigenden Tendenz der Arbeiterlöhne begründet wurden; gleichwohl konnte sich das Reichskabinett nicht entschließen, diese Anträge zu genehmigen, zumal im Bergbau auf der anderen Seite auch eine nicht unerhebliche Verbilligung gewisser Materialkosten, insbesondere des Eisens, eingetreten ist.

Auf dem Eisenmarkt selbst machte sich eine Zurückhaltung bemerkbar, die sich nicht allein auf Deutschland beschränkte, sondern sich auch auf ausländischen Märkten zeigte. Maßgebend hierfür war die Hoffnung der Verbraucherseite auf eine weitere Preislenkung, die wiederum in den veröffentlichten außerordentlich günstigen Jahresabschlüssen der Werke ihren Grund hat. Auf dem Eisenmarkt überstieg im großen und ganzen das Angebot die Nachfrage.

Die Lage der Metalle und Metallfabrikate erzeugenden Industrie zeigte keine merkbare Verschlechterung. Die inländischen Abfälle bewegten sich zwar in mäßigen Grenzen, jedoch hat die wesentliche Verschlechterung der Devisen zu einer Belebung der Ausfuhr geführt. Besonders in Halbfabrikaten hat der Export dem Werke nach nicht unbeträchtlich zugenommen, während die Einfuhr sich merkbar vermindert hat. Die Preisbewegung entwickelte sich auf dem inländischen Metallmarkt nach wie vor in dauernder Abhängigkeit von den Devisennotierungen. Da sich aber auf dem Weltmarkt eine Abwertung der Metallpreise fühlbar machte, konnten trotz des starken Anstiegs der Devisen die Durchschnittspreise im Inlandverkehr verhältnismäßig stabil bleiben.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Rückgang der Markt nur auf einigen Gebieten eine bemerkenswerte Erleichterung im Ausfuhrgeschäft zur Folge hatte. Die Kleinisen-, Maschinen-, Fahrzeug-, Spielwaren- und die Uhrenindustrie leiden nach wie vor unter großen Absatzrückungen. In den Gewerbetrieben war der Beschäftigungsgrad mäßig. Im Eisen-, Kessel- und Apparatebau belebte sich das Ausfuhrgeschäft; jedoch war innerhalb der einzelnen Erzeugnisgruppen eine einheitliche Entwicklungstendenz nicht zu erkennen. In einzelnen Sparten der Kleinisenindustrie z. B. bei den Heißwasserfabriken, den Emailierfabriken und den Fabriken für Haus- und Küchengeräte hat sich der Absatz wohl etwas gebessert. In der Memscheider, Welschberger, Solinger und Hagener Industrie hielten dagegen die Betriebsbeschränkungen weiter an. In Memscheid wurden die Folgen der völlig unzureichenden Kohlenbelieferung als Katastrophe bezeichnet. Die Betriebe sahen sich zur Umstellung auf Braunkohle genötigt, was für die großen Werke Millionenauswendungen für den erforderlichen Umbau der Heizungsanlagen bedeutete.

Im Maschinenbau machte sich teilweise eine Belebung des Ausfuhrgeschäftes bemerkbar. Indessen waren die Zeitungsmaschinen über starken Auftragsbestand namentlich in der Rotoren- und Werkzeugmaschinenindustrie stark übertrieben. Der